



**Geschäftsführung
Ausschuss für Umwelt und Grün**

Frau Bültge-Oswald

Telefon: (0221) 221-23702

E-Mail: barbara.bueltge-oswald@stadt-koeln.de

Datum: 18.06.2018

Niederschrift öffentlich

über die **Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 29.05.2018, 16:10 Uhr bis 17:33 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Rafael Christof Struwe	SPD	
Frau Katharina Welcker	CDU	
Frau Susanne Bercher-Hiss	GRÜNE	
Herr Wilfried Becker	SPD	
Frau Polina Frebel	SPD	
Herr Karl-Heinz Walter	SPD	
Frau Margret Dresler-Graf	CDU	
Herr Stefan Götz	CDU	
Herr Stephan Pohl	CDU	stellvertretend für Herrn Dr. Gutzeit
Herr Gerhard Brust	GRÜNE	
Herr Robert Schallehn	GRÜNE	
Frau Hamide Akbayir	DIE LINKE	
Herr Ulrich Breite	FDP	stellvertretend für Herrn Dr. Albach

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 11 Gemeindeordnung NRW

Frau Lisa Hanna Gerlach	BUNT
Herr Tobias Scholz	Gute Wählergruppe Köln

Beratende Mitglieder

Frau Katharina Reiff	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Nebil Bayrakçioğlu	GK
Herr Frank Feles	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Dietmar Donath	auf Vorschlag der SPD
Herr Sönke Geske	SPD
Herr Helmut Jung	CDU
Herr Bezirksbürgermeister Reinhard Zöllner	CDU

Herr Dr. Volker Ermert	auf Vorschlag der Grünen
Frau Prof. Dr. rer. nat. Anna Mikecz von	auf Vorschlag der Grünen
Herr Matthias Pergande	FDP
Herr Viktor Grimm	auf Vorschlag der AfD-Fraktion

Verwaltung

Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau	Beigeordneter des Dezernates V - Soziales, Integration und Umwelt
Frau Christina Brammen-Petry	Umwelt und Verbraucherschutzamt
Herr Manfred Kaune	Leiter des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen
Herr Konrad Peschen	Leiter des Umwelt- und Verbraucherschutzamtes

Schriftführerin

Frau Barbara Bültge-Oswald	Umwelt- und Verbraucherschutzamt
----------------------------	----------------------------------

Gäste

Herr Dr. Volker Ruster	Abteilungsleiter Gefahrenvorbeugung bei der Berufsfeuerwehr, Amt für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz
------------------------	---

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU
Herr Dr. Rolf Albach	FDP

Beratende Mitglieder

Frau Barbara Albat	SPD
Herr Dr. Johannes Zischler	auf Vorschlag der CDU
Frau Elisabeth Lange	auf Vorschlag der Fraktion Die Linke.
Herr Stephan Wieneritsch	FDP

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Dr. Gerhard Haider	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Eugen Litvinov	

Verwaltung

Herr Dr. Joachim Bauer	Amt für Landschaftspflege und Grünflächen
Frau Anke Ludwig	Dezernat Soziales, Integration und Umwelt

Vor Eintritt in die Tagesordnung

s. Niederschrift über die Sitzung des Betriebsausschusses für den Abfallwirtschaftsbetrieb

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A **Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern und Einwohnerinnen / Einwohnern gemäß § 5 der Hauptsatzung der Stadt Köln**

B **Gleichstellungsrelevante Themen**

1 **Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung**

1.1 Anfrage der SPD-Fraktion
 betreffend
 Kölner Umweltzone
 AN/0046/2018

1.1.1 Beantwortung der Anfrage AN/0046/2018 der SPD-Fraktion im Kölner Rat
 vom 12.01.2018 zum Thema "Kölner Umweltzone"
 0218/2018

1.1.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend Kölner Umweltzone AN/0046/2018 - Be-
 antwortung der mündlichen Anfrage von Herrn Becker aus der Sitzung vom
 08.03.2018
 1647/2018

1.2 Anfrage der Fraktion Die Linke
 betreffend
 kommunale Maßnahmen zur Luftreinhaltung
 AN/0523/2018

1.3 Gemeinsame Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke
 betreffend
 Gräber von Max Reichpietsch und Albin Köbis
 AN/0592/2018

1.4 Anfrage der CDU-Fraktion
 betreffend
 Binnenschifffahrt und Luftreinhalteplanung
 AN/0610/2018

1.4.1 Beantwortung der Anfrage
 Binnenschifffahrt und Luftreinhaltung (0610/2018)
 1683/2018

- 1.5 Anfrage der SPD-Fraktion
betreffend
Berücksichtigung allergologischer Kriterien bei Baumpflanzungen
AN/0819/2018
- 2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung**
- 2.1 Antrag der Fraktion Die Linke
betreffend
Analyse verschiedener Kleinrammbohrungen (KRB) aus dem Kalkberg
AN/0297/2018
- 3 Kommunaler Klimaschutz**
- 3.1 Köln nimmt an der Aktion "STADTRADELN" vom 16. Juni bis 06. Juli 2018 teil
1413/2018
- 3.2 Nutzung von Fernwärme in öffentlichen Gebäuden
1313/2018
- 3.3 EU-Projekt Grow Smarter: Mieterversammlung in der Stegerwaldsiedlung
1726/2018
- 4 Allgemeine Beschlussvorlagen**
- 4.1 Ersatzbeschaffung von 3 LKW 18 t mit Ladekran im Bereich "Stadtgrün"
hier: Bedarfsfeststellung und Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung
0994/2018
- 4.2 Gefährdungsabschätzung des PFT-Schadens "Fuggerstraße" in Köln-Porz
Hier: Bedarf für freiberufliche Leistungen
1353/2018
- 4.3 Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm 2016/2017 im Stadtbezirk Rodenkirchen
1555/2018
- 4.4 Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm 2018 im Stadtbezirk Rodenkirchen
1556/2018
- 5 Mitberatung von Planungsvorlagen**
- 6 Mitteilungen**

7 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

- 7.1 Bekanntmachung der Broschüre "Gemeinsam fürs Klima in Bilderstöckchen - Eine Erfolgsgeschichte über Bürgerengagement auf Stadtteilebene" 1193/2018
- 7.2 Neue Kölner Statistik 2/2018 - Kraftfahrzeuge 1038/2018
- 7.3 Die Verwaltungsreform im Dezernat für Soziales, Integration und Umwelt 1427/2018
- 7.4 Bienenfreundliches Köln 1381/2018
- 7.5 Gründung "Obstwiesen-Kommission Köln 1526/2018
- 7.6 Messungen von Luftschadstoffen auf Kölner Stadtgebiet 1557/2018

8 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

- 8.1 Beantwortung der mündlichen Anfrage von Frau Dr. von Mikecz in der Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün am 24.04.2018
Rodung eines Gehölzbegleitstreifens entlang der Neusser Landstraße 1456/2018

9 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

- 10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung**
- 11 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung**
- 12 Allgemeine Beschlussvorlagen**
- 13 Vergaben**
- 14 Mitberatung von Planungsvorlagen**
- 15 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte**
- 16 Mitteilungen**
- 17 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 18 Mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern und Einwohnerinnen / Einwohnern gemäß § 5 der Hauptsatzung der Stadt Köln

Ausschussvorsitzender RM Herr Struwe verpflichtet Frau Lisa Hanna Gerlach, ihre Aufgabe als Mitglied des Ausschusses Umwelt und Grün / Betriebsausschusses für den Abfallwirtschaft der Stadt Köln mit beratender Stimme gem. § 58 GO NW, nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes NRW und die Gesetze zu beachten und ihre Pflichten zum Wohl der Stadt Köln zu erfüllen.

B Gleichstellungsrelevante Themen

Hierzu liegt nichts vor.

1 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung

1.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend Kölner Umweltzone AN/0046/2018

1.1.1 Beantwortung der Anfrage AN/0046/2018 der SPD-Fraktion im Kölner Rat vom 12.01.2018 zum Thema "Kölner Umweltzone" 0218/2018

1.1.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend Kölner Umweltzone AN/0046/2018 - Beantwortung der mündlichen Anfrage von Herrn Becker aus der Sitzung vom 08.03.2018 1647/2018

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

1.2 Anfrage der Fraktion Die Linke betreffend kommunale Maßnahmen zur Luftreinhaltung AN/0523/2018

Die Beantwortung erfolgt zu einer der nächsten Sitzungen.

1.3 Gemeinsame Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke betreffend Gräber von Max Reichpietsch und Albin Köbis AN/0592/2018

Die Beantwortung erfolgt zur nächsten Sitzung.

**1.4 Anfrage der CDU-Fraktion
betreffend
Binnenschifffahrt und Luftreinhalteplanung
AN/0610/2018**

**1.4.1 Beantwortung der Anfrage
Binnenschifffahrt und Luftreinhaltung (0610/2018)
1683/2018**

RM Herr Götz fragt, ob es von den zwei aufgestellten Messcontainern in Duisburg und Neuss bereits Ergebnisse gebe und ob es möglich sei, so einen Messcontainer auch in Köln aufzustellen.

Herr Peschen informiert darüber, dass Ergebnisse nach 4 Jahren vorliegen werden, da der Test so lange laufe. Man könne gerne beim Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) nach einem Zwischenergebnis fragen.

In der Planung seien nur die beiden Standorte in Neuss und Duisburg. Er werde ebenfalls mit dem LANUV in einem Gespräch klären, ob auch ein Standort in Köln möglich sei.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die mündlichen Ausführungen von Herrn Peschen und die umgedruckte Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

**1.5 Anfrage der SPD-Fraktion
betreffend
Berücksichtigung allergologischer Kriterien bei Baumpflanzungen
AN/0819/2018**

Die Beantwortung erfolgt zur nächsten Sitzung.

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

**2.1 Antrag der Fraktion Die Linke
betreffend
Analyse verschiedener Kleinrammbohrungen (KRB) aus dem Kalkberg
AN/0297/2018**

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Struwe dankt der Verwaltung für die sehr gute Vorbereitung und Durchführung des Fachgespräches, bei dem Vertreter aller Fraktionen und auch ein Vertreter der Bürgerinitiative anwesend waren und das zu einem konstruktiven Konsens geführt habe.

Er trägt den gemeinsamen Änderungsantrag aller Fraktionen vor und stellt ihn zur Abstimmung:

geänderter Beschluss:

Insgesamt 20 Proben sollen auf das bisher übliche Analysespektrum untersucht werden:

- Bohrung 1: die unteren 5 Proben
- Bohrung 3: die unteren 5 Proben
- Bohrung 6: die unteren 5 Proben
- Bohrung 26: die unteren 2 Proben
- Bohrung 38: 38/14, 38/15 und 38/16, d.h. die bei der letzten Untersuchung ausgelassenen 3 Proben

Sollten einzelne Proben nicht mehr zur Verfügung stehen, dann ist eine entsprechende Anzahl von Proben aus dem unteren Bereich der Bohrung 4 zu untersuchen.

Eine Probe, die geruchlich stark auffällig war, z.B. 38/16, soll zusätzlich gaschromatographisch untersucht werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3 Kommunaler Klimaschutz

3.1 Köln nimmt an der Aktion "STADTRADELN" vom 16. Juni bis 06. Juli 2018 teil 1413/2018

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

3.2 Nutzung von Fernwärme in öffentlichen Gebäuden 1313/2018

SB Herr Becker zeigt sich erstaunt aufgrund der offensichtlichen verwaltungsinternen Unstimmigkeiten über die Nutzung von Gas oder Fernwärme.

Er fragt, wieso es zu den Differenzen bei den Berechnungen komme und wann das Projekt gestartet werde.

Frau Dr. Möhlendick antwortet, dass man sich mit der RheinEnergie und der Städtischen Gebäudewirtschaft abgestimmt habe. In nächster Zeit werde man mit der Kämmerei sprechen.

Die unterschiedlichen Berechnungen kämen zustande, weil die Gebäudewirtschaft und die RheinEnergie mit anderen Kennzahlen gearbeitet hätten. Während die Gebäudewirtschaft 40 Jahre angesetzt und eine Inflationsrate von 3 % zugrunde gelegt habe, habe die RheinEnergie in Richtung null bzw. 1 % und mit 15 Jahren gerechnet. Deutlich sei, dass es bei beiden Modellen teurer sei, Fernwärme zu nutzen.

RM Herr Brust befürwortet namens der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen den Anschluss der Schule an die Fernwärme. Er habe eine entsprechende Vorlage der Verwaltung erwartet und nicht, dass die Politik einen eigenen Antrag stellen müsse.

Herr Dr. Rau erklärt, dass die Verwaltung auch in diesem Fall eine einheitliche Meinung präsentieren müsse. Man habe es für richtig gehalten, den Ausschuss Umwelt und Grün zu informieren. Fakt sei, dass die Realisierung dieser ökologisch sinnvollen Maßnahme Geld koste und es einer von Politik und Verwaltung gemeinsam beschlossenen Priorisierung bedürfe.

Der Ausschussvorsitzende macht zum Verfahren den Vorschlag, die Mitteilung zunächst zur Kenntnis zu nehmen und abzuwarten, ob die Verwaltung möglicherweise doch noch eine einheitliche Meinung bilden könne.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die mündlichen Ausführungen von Frau Dr. Möhlendick, Herrn Dr. Rau und die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

3.3 EU-Projekt Grow Smarter: Mieterversammlung in der Stegerwaldsiedlung 1726/2018

RM Herr Götz erinnert an die Beantwortung der Fragen aus der letzten Sitzung, wo es zum Beispiel um die Höhe der Einsparung von Nebenkosten ging.

RM Herr Struwe bemerkt, dass er eine ähnliche Anfrage im Stadtentwicklungsausschuss gestellt habe.

SB Herr Becker äußert, in der Stegerwaldsiedlung seien bereits in der Vergangenheit energetische Sanierungsmaßnahmen durchgeführt worden. Er fragt nach der Höhe der damaligen Mietsteigerungen und ob es große Unterschiede zu den jetzigen Mietsteigerungen gebe.

Frau Dr. Möhlendick antwortet, dass rein rechnerisch ca. 29 % Nebenkosten eingespart werden können. Dies hänge jedoch wesentlich von dem Heiz- und Lüftungsverhalten der Mieter ab. Wenn der erste Bauabschnitt abgeschlossen sei, könne man genauere Zahlen liefern.

Hinsichtlich der Mietpreise teilt sie mit, dass in der Stegerwaldsiedlung eine Erhaltungssatzung gelte, die eine übermäßige Steigerung der Mietpreise verhindere. Von 2008 bis 2014 sei die Hälfte der Stegerwaldsiedlung saniert worden und die Mietpreise seien bis auf 8,30 €/m² angestiegen. Jetzt gehe man von einer Steigerung der Durchschnittsmiete von 7,60 €/m² auf 9,00 €/m² aus.

Die Differenz betrage also 0,70 €/m². Außer energetischer Verbesserungen seien auch Aufzüge und in den Dachgeschossen Apartments, die auch andere Klientel ansprechen sollen, eingebaut worden. Deren Mieten betragen ca. 10,00 €/m² / 11,00 €/m².

Frau Dr. Möhlendick räumt ein, dass man mit den GrowSmarter-Angeboten wie E-Bikes und Carsharing die Menschen in der Stegerwaldsiedlung nicht erreicht habe. Nach den letzten Mieterversammlungen habe man versucht, die Wünsche der dort lebenden Bevölkerung zu berücksichtigen. Als Beispiel nennt sie die Beleuchtung der Fahrradwege und einen Versammlungsraum.

Sie betont, dass man für Projekte wie Photovoltaik und Mieterstrom geworben, jedoch nur 4 Verträge für Mieterstrom abgeschlossen habe. Auch hätten bisher nur 7 Beratungen durch die Verbraucherzentrale stattgefunden, obwohl die Stadt Köln diese Maßnahme bezuschusst und sie 1.000 Mietern angeboten worden sei. Man habe die Menschen auf den Mieterversammlungen persönlich angesprochen und die Stelle eines Ansprechpartners aus ihrem Büro dort eingerichtet. Jetzt, wo gebaut werde, sei man mit den Menschen ins Gespräch gekommen.

Ausschussvorsitzender RM Herr Struwe dankt Frau Dr. Möhlendick für die Information. Er schlägt vor, die schriftliche Stellungnahme des Stadtplanungsamtes abzuwarten.

Frau Dr. Möhlendick bestätigt, dass eine abgestimmte Stellungnahme für den Stadtentwicklungsausschuss in Arbeit sei, die auch dem Ausschuss Umwelt und Grün zur Kenntnis gegeben werde.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die mündlichen Ausführungen von Frau Dr. Möhlendick und die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

4 Allgemeine Beschlussvorlagen

4.1 Ersatzbeschaffung von 3 LKW 18 t mit Ladekran im Bereich "Stadtgrün" hier: Bedarfsfeststellung und Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung 0994/2018

RM Herr Walter möchte wissen, warum die Fahrzeuge gekauft und nicht geleast werden und wie sie angetrieben werden.

RM Herr Brust erkundigt sich, ob für diese Fahrzeuge Abbiegeassistenten vorgesehen seien oder ein Änderungsantrag gestellt werden müsse.

SE Herr Pergande fragt, ob ein Antrieb mit Biodiesel möglich sei.

Herr Kaune antwortet allgemein zum Leasing, dass mehrfach Kostenvergleiche ange stellt worden seien, wobei sich herausgestellt habe, dass Käufe kostengünstiger seien als Leasing. Es sei grundsätzlich nicht vorgesehen, dass solch ein Fahrzeug 16 Jahre im Einsatz sei, sondern eine Abschreibung innerhalb von 10 Jahren erfolge.

Er verweist auf das Ende 2017 vorgestellte und beschlossene Fahrzeug- und Maschinenkonzept, bei dem die Bedarfe ziemlich genau festgestellt worden seien.

Was die technische Entwicklung anbelange, so glaube er nicht, dass diese so rasant vorangehen werde und diese Fahrzeuge innerhalb des genannten Abschreibungszeitraumes in einer anderen Antriebsart zur Verfügung stehen. Man beabsichtige demnächst, evtl. in einer Pressekonferenz, zu verdeutlichen, was momentan möglich sei. Auch bevorzuge man nicht wegen der Preise, sondern wegen der Leistungsfähigkeit Dieselfahrzeuge.

Die elektrobetriebenen Fahrzeuge werde man auf einem Friedhof präsentieren, weil man da z. B. andere Möglichkeiten habe, die Akkus aufzuladen und hier das Thema Lärm eine noch wichtigere Rolle spiele.

An Herrn Brust gewandt betont Herr Kaune, dass kein geänderter Beschluss notwendig sei. Man sei über diese Situation in höchstem Maße sensibilisiert worden und werde wo möglich diese Abbiegeassistenten installieren und dies sowohl mit optischen, als auch akustischen Warnsystemen ausrüsten.

Die Frage hinsichtlich Biodiesel werde man gerne in der nächsten Sitzung beantworten. Zu Gasantrieb habe man bereits in einer früheren Sitzung Stellung genommen, könne dies auch noch mal kurz mit beantworten.

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Umwelt und Grün stellt den Bedarf für die geplanten Beschaffungsmaßnahmen fest und stimmt der Einleitung des Vergabeverfahrens zu.

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung in Höhe von 720.000,- € im Teilfinanzplan 1301 / Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, Zeile 9 / Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 6700-1301-0-0100 / Beschaffungen KFZ, Hpl. 2018.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.2 Gefährdungsabschätzung des PFT-Schadens "Fuggerstraße" in Köln-Porz **Hier: Bedarf für freiberufliche Leistungen** **1353/2018**

RM Herr Struwe bemerkt, dass anscheinend laut Gerichtsurteil der Betrieb, bei dem es gebrannt habe, nicht als Verursacher in Anspruch genommen werden könne. Er fragt nach dem Grund.

RM Herr Brust äußert, dass es sich um einen 20 Jahre alten Vorfall handle und möchte wissen, weshalb erst heute saniert werde, denn das Gift habe weiter in den Boden einsickern können und die Sanierung habe sich dadurch verteuert. Er erkundigt sich, wieviel ähnliche Fälle seitdem noch an anderen Stellen „aufgetaucht“ seien.

An den Vertreter der Feuerwehr gerichtet fragt er, ob immer noch PFT-haltiger Löschschaum oder inzwischen alternative Löschmittel, die für das Grundwasser nicht gefährlich sind, eingesetzt werden. Außerdem möchte er wissen, ob automatisch eine Meldung an das Umweltamt erfolge, wenn dieser Schaum eingesetzt werde.

Frau Brammen-Petry antwortet, dass die Untere Bodenschutzbehörde grundsätzlich in eigener Zuständigkeit entscheide, wer in Anspruch genommen werden könne. Dies müsse jedoch umfassend geprüft werden. In Frage komme der Verursacher des Schadens oder der Eigentümer des Geländes, was den Schaden im Boden oder Grundwasser betreffe.

In diesem Fall habe man der Firma die Ordnungsverfügung zugestellt, da durch den Brand des Betriebes die Firma als Verursacherin des Schadens anzusehen sei. Diese habe dagegen geklagt und das Verwaltungsgericht habe der Firma Recht gegeben, weil die Firma mit ihrem betrieblichen Handeln nicht den Brand verursacht habe, sondern Brandstiftung vorgelegen habe.

Der Hauptschaden lag nicht auf dem Gelände, sondern auf einem Autobahnrandstreifen. Weil die Stadt Köln den Brand gelöscht habe, war sie als Verursacherin anzusehen.

Zur Zeit des Brandes im Jahr 1999 sei die Schädlichkeit von Löschschäumen nicht bekannt gewesen. Die PFT-Diskussion sei erstmals 2006 aufgekommen, als im Sauerland belastete Klärschlämme aufgebracht worden seien. Erst seit 2009 liege für einen Bestandteil von PFT ein EU-weites Verbot vor. Seit 2010 habe die Untere Bodenschutzbehörde erstmalig ein Grundwassermonitoring vorgenommen, um stadtweit PFT-Belastungen zu ermitteln. Es habe zudem Zeit in Anspruch genommen, bis man die großen auch hier im Ausschuss vorgestellten PFT-Schäden habe abgrenzen und erkennen können, dass sich aus dem Bereich in der Fuggerstraße ein „eigener“ Schaden entwickelt habe.

Hinsichtlich weiterer Altfälle informiert Frau Brammen-Petry, dass seit 2010, als das Monitoring erstmalig durchgeführt wurde, regelmäßig an 250 Messstellen im Stadtgebiet das Grundwasser beobachtet werde und gemessen werde, ob PFT-Belastungen vorhanden seien. Dieses Messstellennetz, das dem Ausschuss 2015 vorgestellt worden sei, gebe der Umweltverwaltung die Sicherheit, die großen Belastungsbereiche zu kennen.

Vor dem Hintergrund der PFT-Diskussion habe man zusätzlich bei allen Freiwilligen und Städtischen Feuerwachen sowie bei allen Galvaniken an jedem einzelnen Standort die nächste abstromige Messstelle kontrolliert. Insofern könne sie bestätigen, dass der Umweltverwaltung keine weiteren derart großen Fälle wie in der Fuggerstraße bekannt seien. Kleinere Einflussbereiche seien natürlich möglich.

Herr Dr. Ruster antwortet an Herrn Brust gewandt, dass man mit einer Reihe von Tests zum einen versucht habe, einen möglichst PFT-freien Schaum für den Standard-Einsatz bei der Feuerwehr zu bekommen. Diese Zusage habe man vom Hersteller des Schaums erhalten, habe jedoch jetzt durch Analysen festgestellt, dass immer noch Spuren von polyflourierten Tensiden enthalten seien.

Derzeit sei die Feuerwehr in einer Testphase, komplett PFT-freien Löschschaum zu erhalten und so schnell wie möglich umzustellen.

Zum anderen habe man noch PFT-haltige Löschschäume, die eine wässrige Schicht bilden und bei alkoholhaltigen Bränden, z. B. mit E 10 Kraftstoff, eingesetzt werden. Bis jetzt habe man diesen Schaum noch nicht einsetzen müssen, behalte sich dies aber vor, wenn es für die Gefahrenabwehr absolut erforderlich sei. Die Entscheidung liege beim obersten Einsatzleiter des Tages.

Die Meldung über den Einsatz von Schaum an das Umweltamt und die Kläranlage sei auch bei kleineren Mengen seit langem gängige Praxis.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die mündlichen Ausführungen von Frau Brammen-Petry und Herrn Dr. Ruster zur Kenntnis.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Grün stellt den Bedarf für freiberufliche Leistungen zur Planung und Überwachung der Maßnahmen zur abschließenden Gefährdungsabschätzung fest und beauftragt die Verwaltung, die Leistungen entsprechend der Kölner Vergabeordnung zu vergeben.

Die Kosten der freiberuflichen Leistungen werden auf insgesamt 47.600 € brutto eingeschätzt. Die Finanzierung der Maßnahme erfolgt durch die Abbildung im Teilergebnisplan 1401 „Umweltordnung und –vorsorge“, in der Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und in der Teilplanzeile 16, sonstige ordentliche Aufwendungen. Die benötigten Mittel werden bedarfsgerecht bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.3 Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm 2016/2017 im Stadtbezirk Rodenkirchen
1555/2018**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Rodenkirchen hat in der Sitzung am 23.04.2018 beschlossen, die vom Rat im Haushaltsplan 2016/2017 bereitgestellten Restmittel in Höhe von 41.900 Euro für das Haushaltsjahr 2017 für Maßnahmen zur Stadtverschönerung nach Maßgabe des vom Finanzausschuss am 09.11.2015 beschlossenen Kriterienkatalogs wie folgt zu verwenden:

Maßnahme	Betrag in Euro
Ortszentrum Hauptstraße in Köln-Rodenkirchen: Beet-Bepflanzung und Beet-Unterhaltung durch den Dorfverein, hier Unterstützungs-Zuwendung für 2018	5.000,00 €

Bänke in verschiedenen Grünanlagen; hier um den Beschlüssen / Wünschen möglichst zeitnah nachzukommen: ca. 11 Bänke , incl. Unterpflasterung:	14.300,00 €
Sanierung Georgplatz in Köln-Weiß: Ecke Weißer Hauptstr. / Auf der Ruhr Plattenbelag gegen Pflaster-Belag austauschen 2 Bänke alt gegen neu. 1 Abfallbehälter tauschen über AWB	22.600,00 €
	41.900 €

1. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe der restlichen Mittel für das Jahr 2017 in Höhe 41.900 € für die von der Bezirksvertretung Rodenkirchen beschlossenen Maßnahmen. Die entsprechenden Aufwendungen stehen im Haushaltsplan 2016/2017 im Teilergebnisplan 1301 – Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, zu Verfügung. Die Bereitstellung der Mittel ist im Zuge der Ermächtigungsübertragung beabsichtigt.

2. Der Ausschuss für Umwelt und Grün nimmt die Beschlussfassung vorbehaltlich der Mittelfreigabe des Finanzausschuss zur Kenntnis und bittet die Verwaltung, die Maßnahmen umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.4 Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm 2018 im Stadtbezirk Rodenkirchen
1556/2018**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Rodenkirchen hat in der Sitzung am 23.04.2018 beschlossen, die vom Rat im Haushaltsplan 2018 bereitgestellten Mittel in Höhe von 100.000 Euro für das Haushaltsjahr 2018 für Maßnahmen zur Stadtverschönerung nach Maßgabe des vom Finanzausschuss am 03.04.2017 beschlossenen Kriterienkatalogs wie folgt zu verwenden:

Maßnahme	Betrag in Euro
Park am Rosenzweigweg in Köln-Zollstock: 5 Nischen mit Sitz/Bank Kombinationen ausstatten und unterpflastern	28.000,00 €
Südpark in Köln-Marienburg: Blumenzwiebelpflanzung (Krokusse, Narzissen) Ersatzpflanzung Rhododendren	5.000,00 €
Wetterpilz Äußerer Grüngürtel in Köln- Grundfläche pflastern und Holzbank um Stamm erneuern	9.000,00 €

Vorgebirgspark in Köln-Zollstock: Blumenzwiebelpflanzung	2.500 €
Bänke in verschiedenen Grünanlagen; hier um den Beschlüssen / Wünschen möglichst zeitnah nachzukommen: ca. 13 Bänke , incl. Unterpflasterung	16.900 €
Konrad-Adenauer-Straße in Köln-Marienburg: Absperrung zum Schutz der Grünanlage zur Straße mit Robinienstamm-Pfählen und neue Doppelholmsperre	13.600,00 €
Straßenbäume, Ersatzpflanzungen: Beschlussfassung 19.03.2018	25.000,00 €
Summe:	100.000,00 €

1. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe der Mittel für das Jahr 2018 in Höhe 100.000 € für die von der Bezirksvertretung Rodenkirchen in der Sitzung am 23.04.2018 beschlossenen Maßnahmen. Die entsprechenden Aufwendungen stehen im Haushaltsplan 2018 im Teil-ergebnisplan 1301 – Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, zu Verfügung.

2. Der Ausschuss für Umwelt und Grün nimmt die Beschlussfassung vorbehaltlich der Mittelfreigabe des Finanzausschuss zur Kenntnis und bittet die Verwaltung, die Maßnahmen umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5 Mitberatung von Planungsvorlagen

Hierzu liegt nichts vor.

6 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

Hierzu liegt nichts vor.

7 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

**7.1 Bekanntmachung der Broschüre "Gemeinsam fürs Klima in Bilderstöckchen - Eine Erfolgsgeschichte über Bürgerengagement auf Stadtteilebene"
1193/2018**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

7.2 Neue Kölner Statistik 2/2018 - Kraftfahrzeuge 1038/2018

SE Herr Ermert fragt, ob es diese Statistik auch hochaufgelöst gebe, zum Beispiel auf Stadtteil- oder Bezirksebene, so dass man besser den Trend in der Innenstadt vom Trend außerhalb der Innenstadt unterscheiden könne und entsprechende Maßnahmen treffen könne.

SE Herr Pergande möchte wissen, ob aus den Rohdaten hervorgehe, wie die Verteilung der Neuanmeldungen bzw. der Zulassungen altersmäßig aufgeteilt sei. Für eine Prognose hinsichtlich der Entwicklung in den nächsten Jahren bzw. Jahrzehnten und die Planung von Verkehrsstrukturen sei dies nicht unwichtig.

RM Herr Struwe erkundigt sich, ob Elektroautos als Ersatz für bestehende Fahrzeuge oder eher als Zweit- oder Drittwagen angeschafft werden.

Herr Peschen sagt zu, mit den Kollegen vom Amt für Statistik zu sprechen, die wahrscheinlich über eine Vielzahl von Daten verfügen.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

7.3 Die Verwaltungsreform im Dezernat für Soziales, Integration und Umwelt 1427/2018

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

7.4 Bienenfreundliches Köln 1381/2018

SE Herr Pergande legt Wert auf die Differenzierung von Wild- und Honigbienen. Während bei den Honigbienen auf viele Ehrenamtliche, z. B. die Imker, zurückgegriffen werden könne, sei dies bei den Wildbienen anders. Er ist der Meinung, dass Wildbienen für die Bestäubung von Pflanzen wichtiger seien und fragt, ob die Verwaltung dem Rechnung trage.

Herr Peschen bestätigt, dass die Honigbiene sich nicht in einer problematischen Situation befinde, wie dies bei den Wildbienen der Fall sei. Spätestens seit der Förderung der „Honigconnection“ sei die Öffentlichkeit in Köln darauf aufmerksam geworden. Die Verwaltung kümmere sich um die anderen Bienenarten und sei da zusammen mit dem Grünflächenamt, vielen Schulen und anderen Akteuren unterwegs, um für die Wildbienen einen Lebensraum zu schaffen.

SE Herr Geske regt an, im Grüngürtel, der als Naherholungsgebiet gelte, mehrere Flächen, wo nicht so viel Publikumsverkehr herrsche, Wildblumenaussaat zu prüfen.

Herr Kaune versichert, dass es auch das Begehrt des Grünflächenamtes sei, diese Flächen zu identifizieren. Da dies in diesen öffentlichen Bereichen nicht immer ganz unproblematisch sei, habe man für die Friedhofsflächen eine Arbeitsgruppe gebildet, dies dort zu etablieren.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die mündlichen Ausführungen von Herrn Peschen und Herrn Kaune und die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

7.5 Gründung "Obstwiesen-Kommission Köln 1526/2018

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

7.6 Messungen von Luftschadstoffen auf Kölner Stadtgebiet 1557/2018

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

8 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

8.1 Beantwortung der mündlichen Anfrage von Frau Dr. von Mikecz in der Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün am 24.04.2018 TOP: 9.3 Rodung eines Gehölzbegleitstreifens entlang der Neusser Landstraße 1456/2018

SE Frau Dr. von Mikecz dankt für die Beantwortung. Zur Vorgehensweise hat sie noch Fragen. Sie möchte wissen, wie die Pflegekonzepte des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen dort umgesetzt werden, z. B. wenn da stehe „strauchartiges, minimaler Eingriff“, was an der Neußer Landstraße nicht der Fall gewesen sei. Sie fragt, wie die Rodungsmaßnahme mit den Pflegekonzepten übereinstimme.

Hinsichtlich der Rekultivierung, die im Detail noch nicht so klar sei, aber wahrscheinlich Einzelbäume vorsehe, vermisse sie die ökologische Wertigkeit.

Sie weist auf ihre Bitte hin, über die weiteren Schritte informiert zu werden, z. B. ob wieder mehrstufige Gehölzstreifen vorgesehen seien oder ob es bei den Einzelbäumen bleibe.

Herr Kaune sagt eine Stellungnahme zur nächsten Sitzung zu.

9 Mündliche Anfragen

9.1 Kiosk am Rheinboulevard Mündliche Anfrage von Herrn Walter

RM Herr Walter fragt, ob der Beschluss zum Kiosk am Rheinboulevard tatsächlich nicht umgesetzt werde, wie der Presse zu entnehmen gewesen sei. Er äußert kritisch, dass der Beschluss eher das südliche Ende des Boulevards betraf und nicht dort, wo jetzt ein Hotel ein ähnliches Projekt plane.

Herr Kaune nimmt zur Kritik Stellung und bestätigt, dass es eine verwaltungsinterne Abstimmung gegeben habe, die Frau Blome noch als zuständige Dezernentin für das Dezernat VI in den letzten Tagen veröffentlicht habe.

Hinsichtlich des Standortes korrigiert Herr Kaune die Aussage von Herrn Walter und erklärt, dazu sei ein politischer Beschluss getroffen worden, den Standort an der Hohenzollernbrücke zu favorisieren. Man müsse die Nähe vom jetzigen Standort zum Hotel betrachten. Insofern sei es gut, dass man in den letzten Jahren eine mobile Lösung gewählt habe, um die dort verweilenden Menschen zu versorgen.

Herr Kaune macht auf die Investition von 100.000 € aufmerksam und die Probleme für die Stadt Köln, jemanden zu finden, der diesen Standort mit den Vorgaben wirtschaftlich betreibt. Wenn es jetzt zum Außer-Haus-Verkauf von Seiten des Hotels komme und die Stadt ihre Pläne zum Kiosk trotzdem realisiere, könne dies zu einem Misserfolg werden. Daher sei die Verwaltung der Meinung gewesen, die Situation zunächst abzuwarten und die dortigen Angebote und Nachfragen zu beobachten.

Der Ausschuss Umwelt und Grün äußert einmütig seinen Unmut über die Tatsache, dass die Verwaltung im Wege der internen Abstimmung einen Beschluss der Politik nicht umsetze und diese Tatsache, ohne Herbeiführen einer anderen Beschlusslage, in die Öffentlichkeit bringe.

9.2 Sachstand zur Situation der Halsbandsittiche **Mündliche Anfrage von Herrn Walter**

RM Herr Walter fragt, ob sich das Problem mit den Halsbandsittichen erledigt habe oder ob noch eine Vergrämung erforderlich sei.

Herr Peschen erinnert an den Vortrag von Herrn Kemper im Ausschuss, der die Situation der Halsbandsittiche in Köln dargestellt habe. Wenn man anfangs die Tiere zu vergrämen, vertreibe man sie nur an andere Standorte.

Man habe sich daraufhin im Ausschuss darauf verständigt, die Population zweieinhalb Jahre zu beobachten. Bei der Unteren Naturschutzbehörde gingen relativ wenig Beschwerden ein. Das letzte Mal habe sich der „Stern“ bei der Umweltverwaltung erkundigt und man habe der Zeitschrift daraufhin den Vortrag zur Verfügung gestellt.

Daher sehe er aus Umweltsicht derzeit keinen Handlungsbedarf.

9.3 Sanierung Finkens Garten **Mündliche Anfragen von Herrn Geske und Herrn Becker**

SE Herr Geske erinnert an eine länger zurück liegende Anfrage, in der es um die Sanierung von Finkens Garten ging. Jetzt habe die Stadtverwaltung eine Presseinformation herausgegeben, dass der dortige Kanal saniert worden sei. Das Haus sei allerdings bisher überhaupt nicht saniert, was sich schon seit einigen Jahren hinziehe. Er möchte wissen, wie der Zeitplan hinsichtlich der Sanierung des Hauses aussehe.

SB Herr Becker merkt an, dass die ursprüngliche Anfrage lautete, ob es ok sei, wenn der Kanal für 500.000 € saniert werde, das Haus jedoch nicht.

Herr Kaune sagt zu, diese Anfragen an die zuständige Gebäudewirtschaft weiterzugeben.

9.4 BUND Mitglied der Obstwiesenkommission? **Mündliche Anfrage von Herrn Schallehn**

SB Herr Schallehn bemerkt, dass in der Mitteilung zur Obstwiesenkommission der BUND nicht in der Kommission aufgeführt sei. Er möchte wissen, warum dies so ist.

SE Herr Geske antwortet, dass der BUND eingeladen worden sei, aber zu zwei Treffen nicht erschienen sei.

gez. Rafael Christof Struwe
(Ausschussvorsitzender)

gez. Barbara Bültge-Oswald
(Schriftführerin)